

Ruf nach kräftiger EZB-Zinserhöhung

pwe. FRANKFURT, 16. September. Die Europäische Zentralbank (EZB) sollte auf die Inflationsgefahren entschlossen reagieren und den Leitzins bis Mitte 2005 von derzeit 2 auf 3 Prozent anheben. Das fordert die Ökonomengruppe „ECB-Observers“ in der jüngsten ihrer halbjährlichen Studien. Die hohe Überschußliquidität im Euro-Raum, die anziehende Konjunktur, die in der Tendenz gestiegenen Inflationserwartungen und der historisch niedrige Realzins machten Zinsanhebungen erforderlich, sagte Martin Leschke, Professor an der Universität Bayreuth, bei der Präsentation der Studie in Frankfurt. Ohne Zinsanhebungen dürfte die Inflation im Euro-Raum bis 2006 auf gut 2,3 Prozent verharren, sagte er.

Die ECB-Observers greifen für ihre Prognosen auf die „reale Preislücke“ im Euro-Raum zurück, ein Maß für die um Inflationseffekte bereinigte Überschußliquidität. Die Preislücke sei der zuverlässigste Indikator für künftigen Inflationsdruck im Euro-Raum, heißt es. Vorausgesetzt wird dabei eine stabile Geldnachfrage. Die Ökonomen sehen bislang keine Hinweise, daß die Nachfrage nach Geld instabil geworden sei. Sollte die EZB zum gegenteiligen Schluß kommen, könnte der Inflationsdruck im Euro-Raum niedriger sein als angenommen. Die Gruppe kritisiert, daß die EZB mit der seit kurzem vierteljährlichen Veröffentlichung von Inflations- und Wachstumsprojektionen diesen zuviel Gewicht gebe.

Mit Sorge betrachten die Ökonomen die politischen Entwicklungen rund um die EZB. Wim Kösters, Professor an der Ruhr-Universität in Bochum, warnte, daß die deutsche Geldordnung, die Modell für die Währungsunion gewesen sei, aufgeweicht würde. Die im Maastricht-Vertrag beschlossene klare Linie, nach der die Geldpolitik für die Preisentwicklung und nur nachrangig für Wachstum zuständig sei und nach der die Finanzpolitik die Neuverschuldung begrenze, werde ausgehöhlt. Mit der Stärkung der Euro-Gruppe der Finanzminister und mit dem Ruf nach einer Wirtschaftsregierung würden die Zuständigkeiten der Politikbereiche vermischt.

Die Ökonomen setzen sich dafür ein, daß die Notenbanken der Entwicklung an den Märkten für Vermögensgüter wie Aktien oder Immobilien mehr Gewicht zumessen. Inflation der Vermögenspreise würde ebenso das Gebot der Preisstabilität verletzen wie ein übermäßiger Anstieg der Verbraucherpreise, sagte Thorsten Polleit, Chefvolkswirt für Deutschland der Anlagegesellschaft Barclays Capital.